

Das Klimaschutzpaket der Bundesregierung zeigt seine Tücken

Weiter in der rot-grünen Sackgasse

Von Gerd Held

Es liegt vielleicht in der Natur der Sache, dass jede Klimapolitik in ihren Anfängen etwas wolkig ist. Aber irgendwann muss auch sie auf den Erdboden der Tatsachen kommen. Gegenwärtig wird in der Koalition über das „Klimaschutzpaket 2“ gestritten. Es geht um die Einbeziehung älterer Fahrzeuge in die Umstellung der KFZ-Steuer, um die Erhöhung der LKW Maut oder um die teure Verlagerung von Stromleitungen unter die Erde. In solchen Detailfragen ist ein prinzipielles Problem enthalten. Klimaschutz bedeutet zusätzliche Kosten, nicht nur für den privaten Konsum, sondern für die Wertschöpfung. Die Produktionsfaktoren werden teurer, und zwar quer durch die ganze Volkswirtschaft. Jede einzelne Maßnahme mag für sich klein sein, sie bedeutet doch immer einen zusätzlichen Kapitalaufwand für den gleichen Ertrag. Ebenso wird es für die Beschäftigten teurer, zum Beispiel, um überhaupt jeden Morgen bis zum Werkstor zu kommen. Man kann es drehen und wenden wie man will: Klimaschutz bedeutet, wie alle Schutzmaßnahmen in einer Volkswirtschaft, eine Senkung der Produktivität eines Landes. Solche Schutzmaßnahmen können notwendig sein, aber sie kosten eben.

Nun gibt es ein Argument, das uns verspricht, diese Kosten würden durch ganz neue Erträge mehr als ausgeglichen. Mit Klimaschutz lässt sich viel Geld verdienen, heißt es. Es geht um ein Versprechen, das seit Ende der 90er Jahre den Kern der rot-grünen Kultur in Deutschland ausmacht. Dazu werden Tatsachen inszeniert: Landauf, landab hört man die Erfolgsgeschichten von Ökoprodukten, Ökoanlagen und Ökobetrieben. Wenn irgendwo von hundert Betrieben fünf Betriebe ein Ökoprodukt laufen haben, stehen bei diesen sofort die Repor-

ter und die Preisverleiher vor der Tür. Der Rest ist vergessen. Man verschweigt, dass 95% die Mittel erwirtschaften müssen, mit denen 5% subventioniert werden. Man will auch gar nicht wissen, woher denn die Kaufkraft kommt, mit der die teuren Ökoprodukte erworben werden – sie kommt aus dem weltweiten Absatz ganz konventioneller Autos, Maschinen und Chemieprodukte. So wird aus Einzelerfahrungen die Spekulationsblase einer „ökologischen Moderne“ gezimmert. Unterschlagen wird, dass dieser Boom ein Boom auf den Schultern der konventionellen Wirtschaft und Technik ist.

Natürlich kennt die Wirtschaftsgeschichte grundlegende Erfindungen, die die Ertragskraft eines Landes wirklich auf neue Beine stellt und aus der Umwelt ganz neue Quellen der Produktivität erschließt. Davon kann gegenwärtig keine Rede sein. Für die technische Erfahrung unserer Epoche ist das Biosprit-Dilemma typisch: Eine Entlastung der Umwelt gibt es nur um den Preis neuer Belastungen an anderer Stelle. Deshalb ist das Versprechen, die teuren Auflagen des Klimaschutzes würden durch einen Ökoboost in Gewinne umgemünzt, ein falsches Versprechen.

Diese sonnige Art der Umweltpolitik ist eine Erblast der rotgrünen Zeit, die die große Koalition noch mitführt. Stattdessen wäre gerade in diesem Bereich ein ganz anderer Ernst gefordert. Dazu gehört das ehrliche Eingeständnis, dass Umweltschutz das Leben im Land schwerer macht - und daher alles getan wird, um diese Erschwernisse zu begrenzen und Entlastungen zu finden. Dazu gehört auch endlich die Entscheidung, welches Umweltproblem für unser Land zentral sein soll. Dann könnte die absurde Situation beendet werden, in der den Menschen ständig neue Lasten

zugemutet werden, während die Kernenergie ausgeschaltet wird. Eine solche eigene bürgerliche Umweltpolitik ist gegenwärtig in der großen Koalition kaum erkennbar. Der Streit um das Klimapakete 2 erscheint als Parteienzwist um Details, weil unterschiedliche Grundlinien und Argumente

nicht klar sind. Das ist leichtsinnig, denn auf diesem Feld kann gut gezeigt werden, was dem Land bei einer rot-rot-grünen Neuauflage blüht. Vor allem muss diesem Feld Gerade eine zukünftige bürgerliche Mehrheit gebaut werden. Für den Moment sind wir über rotgrün noch nicht hinweg.

(Manuskript vom 28.5.2008, erschienen als Leitartikel in der Tageszeitung „Die Welt“ am 1.6. 2008 unter der Überschrift „Merkels ideenlose Klimapolitik“)